

nachrichten

Wegen des Vorwurfs, sein Amt missbraucht zu haben, gerät Indonesiens Präsident Abdurrahman Wahid immer mehr unter Druck. Immer mehr Indonesier demonstrieren für Wahids Rücktritt. Ferner ist ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn angelaufen, das sich auf zwei Korruptionsskandale beruft. Erstens geht es um eine Spende des Sultans von Brunei von über zwei Millionen US-Dollar für die Opfer des Bürgerkriegs in der nordwestlichen Provinz Aceh. Diese Spende wurde nie korrekt abgerechnet. Zweitens soll Wahids persönli-

cher Masseur, der auch ein Ratgeber und Geschäftspartner Wahids war, von der Pensionskasse der staatlichen Nahrungsmittelagentur Bulog rund vier Millionen US-Dollar bezogen haben. Er hat sich angeblich mit dem Argument verteidigt, im Auftrag des Präsidenten gehandelt zu haben.

Seit Februar 2001 verwüsten Anhänger des Präsidenten, die wie er der muslimischen Massenorganisation Nahdatul Ulama (NU) angehören, in Ostjava Parteibüros der politischen Gegner des Regierungsoberhauptes und greifen lokale Parlamente an. Bei den Übergriffen wurde unter anderem das Hauptquartier der Golkar-Partei zerstört. Grund für die gezielte Vernichtung von Golkar-Büros war eine Stellungnahme der Partei zu den Korruptionsvorwürfen Wahids, in der Golkar forderte, dem Präsidenten eine Rüge zu erteilen. Diese eröffnete anschließend den Weg für das Amtsent-

hebungsverfahren. Wahid verurteilt die verübte Gewalt seiner Anhänger keineswegs, sondern kommentiert lediglich: »Ich kann ihren Ärger verstehen.« In dieser Aussage wird der Wunsch des Präsidenten nach einer Fortsetzung der Gewalt erkennbar. Denn diese könnte für ihn eine Möglichkeit bieten, wie er sich vielleicht trotz des eingeleiteten Amtsenthebungsverfahrens weiterhin an der Macht halten kann. In der Mobilisierung seiner Sympathisanten aus der Nahdatul Ulama, deren Vorsitz er bis 1999 innehatte, sah Wahid seine Chance. Das Zentrum der NU, die laut Schätzungen über 30 Millionen Mitglieder verfügt, liegt in Ostjava. Einige ihrer militanteren Jugendverbände, besonders die paramilitärische »Banser«, haben bereits damit gedroht, die politischen Gegner ihres ehemaligen Führers zu töten und im Falle des Sturzes Wahids einen Bürgerkrieg zu beginnen.

Wahid, der während der Soeharto-Ära zur Opposition zählte, entwickelt sich nun, da er seine Machtposition gefährdet sieht, ebenso wie Ex-Präsident Soeharto zu einer äußerst autoritären Figur. Um seine Verurteilung durch die Abgeordneten zu verhindern, wollte er bereits den Notstand ausrufen und das Parlament absetzen. Als die Streitkräfte und die großen Parteien in der Volksvertretung ihm die Unterstützung entzogen, entließ Wahid kurzerhand die Armeespitze. Insgesamt betrachtet bietet das Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten den verschiedenen um die Macht ringenden Fraktionen im Staat die willkommene Gelegenheit, ihre jeweiligen Kräfte zu mobilisieren. Eine Abnahme der politischen Unruhen ist demzufolge in naher Zukunft nicht zu erwarten.

vgl. *Der Tagesanzeiger*, 2.2.2001; *taz*, 9.2.2001, *Kompas*; 16.2.2001

Überschwemmungen

Nach den schweren Überschwemmungen auf der Insel Java ist die Zahl der Toten auf mindestens 100 angestiegen. Die *Jakarta Post* berichtete am 12. Februar 2001, allein 94 Opfer, die größtenteils in einer Goldmine beschäftigt gewesen seien, stammten aus dem westlichen Bezirk Lebak. Wassermassen und Erdbeben hätten außerdem in Pandeglang, einem Bezirks Bantens, sechs Menschenleben gekostet. Die Überschwemmungen haben zunehmend auch den Osten Javas bedroht und dort tausende Häuser unter Wasser gesetzt. Nach Angaben der Behörden sind insgesamt 145.000 Menschen von den Fluten aufgrund tagelanger Regenfälle betroffen. Man befürchtet wegen des besonders starken Monsun-Einflusses auch in nächster Zeit weitere Überflutungen und Erdbeben auf Java.

vgl. *dpa*, 13.2.2001

Zerstörung des Urwalds in Sumatra — Auswirkungen auf die Gesundheit

In der Provinz Riau spitzen sich die Konflikte zwischen lokalen Bevölkerungsgruppen einerseits und Holzfabrikanten andererseits weiter zu. Dutzende von Familien aus dem Dorf Betung, die vorwiegend dem Stamm der Sakai angehören, hatten eine Zufahrtsstraße zum Waldgebiet des Holzkonzerns PT Arara Abadi blockiert, um somit gegen die Plünderung ihres Landbesitzes zu protestieren. Das Unternehmen reagierte auf die Besetzung, indem sie eine mit Schlagstöcken bewaffnete Gruppe auf die Dorfbewohner hetzte, welche daraufhin fluchtartig ihre Häuser verlassen mussten. Laut Angaben des Arztes Prof. Tabrani trugen zahlreiche Personen infolge der plötzlichen Attacke leichte bis schwere Verletzungen davon. Der Holzkonzern sorgt damit nicht zum ersten Mal für negative Schlagzeilen. Bereits 1993 hatte das Forstministerium die Firma zu einer

Geldstrafe von 1,4 Millionen US-Dollar verurteilt. Der Grund für die Anklage bestand darin, dass man PT Arara Abadi zur Last legte gestohlenes Holz zu verarbeiten. Wie sich anhand des aktuellen Vorfalls erweist, hat die Strafe das Unternehmen jedoch nicht davor abgeschreckt, den Regenwald weiterhin illegal abzuholzen. Das Unternehmen steht mit ihrem Raubbau nicht allein da. Holzeinschlag und illegale Brandrodungen scheinen mittlerweile alltäglich geworden zu sein. Prof. Tabrani kommentiert: »Den Sakai reicht es. Sie wollen nicht länger alleine die Kosten des von der Regierung in Jakarta und internationalen Investoren geförderten massiven Ausbaus des Zellstoffsektors tragen. Neben der illegalen Plünderung ihrer Wälder verschlechtert sich auch der Gesundheitszustand derjenigen, die stromabwärts der großen Zellstoffwerke leben, zuse-

hends. Die stark chlorhaltigen Abwässer verseuchen das Flusswasser und haben bereits zu einer massiven Verbreitung von Haut- und Atemwegserkrankungen geführt.« Eine Besserung der Situation ist in nächster Zukunft wohl kaum zu erhoffen, zumal sich die Papierproduktion seit 1987 versiebenfacht hat und auch weiterhin ansteigt. Auch deutsche Firmen und Banken haben sich am Zellstoffboom beteiligt. Die Regierung hat in diesem Sektor während der letzten Jahre Bürgschaften von über einer Milliarde DM übernommen.

vgl. *Rettet den Urwald e.V.*, 13.2.2001.

Geplanter Effekt der shariah in Aceh bleibt aus

Im Jahre 1999 hatte Ex-Präsident B.J. Habibie das Parlament noch von der Notwendigkeit überzeugt, mit Hilfe des neuen Gesetzes Nr. 44 der in Nordsumatra gelegenen Provinz Aceh die Implementierung der *shariah*, des islamischen Rechts, zu gestatten. Habibie ging damals davon aus, dass sich mit diesem Schritt die Chance auf eine bessere Verständigung zwischen der Regierung in Jakarta und den muslimischen Separatisten erhöhen würde. Dieser Glaube lässt sich nicht zuletzt durch die historischen Ereignisse zu Beginn der 50er Jahre erklären. Denn damals scheiterte durch die Intervention des damaligen Präsidenten Sukarno der Versuch islamischer Rebellen, in Aceh einen Islamstaat zu errichten. An die Vergangenheit anknüpfend hoffte Habibie nun, die erhitzten Gemüter mit dem Gesetz Nr. 44 besänftigen zu können. Doch die Rechnung ging scheinbar nicht auf. Zwei Jahre, nachdem das Gesetz erlassen wurde, ha-

ben weder die Unabhängigkeitsbestrebungen in der Region noch die Gewalt nachgelassen. Während die separatistische Gerakan Aceh Merdeka (GAM) verneinte, speziell an der Einführung islamischen Rechts interessiert gewesen zu sein, meinten andere Gruppen besorgt, die *shariah* werde nur für mehr Konflikte in der Provinz sorgen. Dies hat sich zumindest teilweise bestätigt. Einige Extremisten sahen die *shariah* als willkommene Gelegenheit, die islamischen Lehre auf ihre eigene Weise auszulegen. An der Bestrafung von Frauen, welche keine Kopfbedeckung trugen, war jedoch nicht nur die eigens dafür eingerichtete »Moral-Polizei« sondern auch die Bevölkerung Acehs beteiligt. Nach der Implementierung der *shariah* fühlten sich viele Menschen ermutigt, selbst »für Recht und Ordnung« zu sorgen. Dies manifestierte sich u.a. in dem Angriff nicht vorschriftsmäßig verhüllter Einwohnerinnen und der vollständigen Kopffrasur solcher

Frauen, die als Prostituierte bekannt waren.

Im Jahr 2000 erließ die Provinzregierung Acehs dann zwei Regelungen. Die erste verbietet jeglichen Konsum alkoholischer Getränke, während die zweite Männern und Frauen vorschreibt, nur islamische Kleidung zu tragen und ihnen verbietet, in der Gebetszeit anderen Aktivitäten nachzugehen. Wer diesen Forderungen nicht nachkommt, sieht sich mit Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten konfrontiert und muss zusätzlich bis zu 360 US-Dollar bezahlen. Für unerlaubten Alkoholkonsum liegen die Strafen noch höher (sechs Monate Gefängnis und 700 US-Dollar Bußgeld). Besonders sorgen sich viele Frauen in Aceh um ihre Zukunft. Zusätzlich zu den strengen Kleidungs Vorschriften haben die Frauen Angst um ihre Position innerhalb der Familie, da viele ihrer Männer zunehmend polygam leben. Insgesamt hat die Einführung der *shariah* das Misstrauen gegenüber der Zentralregie-

nachrichten

rung in Jakarta noch verstärkt. Viele Bewohner vermuten, die *shariah* sei für die Regierung nur ein Versuch gewesen, von den schwerwiegenden Problemen der Region abzulenken. So kommentiert der Menschenrechtsaktivist Tamizi: »Die *shariah* ist nicht das, was die Einwohner Acehs wollten. Wir fordern ökonomische Gerechtigkeit, ein Ende der Gewalt und die Verfolgung derer, welche hier die Menschenrechte verletzt haben.« Alles in allem hat die *shariah* also sowohl für die Beziehung Aceh-Jakarta als auch für die Bewohner der Provinz selbst eher Schaden als Nutzen gebracht.

vgl. *The Straits Times*, 2.2.2001

Menschenrechte in West-Papua

West-Papua, die östlichste Provinz Indonesiens, versucht ebenso wie Aceh, sich von Indonesien abzulösen. Als die Papuas am 1. Dezember 2000 ihren Unabhängigkeitstag feierten, kam es zu Übergriffen des Militärs. Bereits im Jahre 1969 hatten die Vereinten Nationen bereits die Durchführung einer Volksabstimmung angeordnet, die über Souveränität oder Verbleib West-Papuas im indonesischen Staat entscheiden sollte. Hinsichtlich des sogenannten »act of free choice« hatte man aber nur 1.000 Papuas ausgewählt und befragt. Diese waren mit Bestechungsgeldern und Drohungen leicht zu manipulieren und entschieden sich folglich für den Verbleib bei Indonesien. Die damals von der UN angenommene Entscheidung wird jedoch von den Papuas nicht als die ihre angesehen. Faktisch spielen bis heute Militär und Polizei ihre Macht in der Provinz aus und stellen den Abbau der Ressourcen der Region sicher. Alberth Yoku, Leiter der Mitarbeiter der Evangeli-

schen Kirche in West-Papua (GKI) nimmt zu der aktuellen Situation in Papua Stellung: »Seit dem 1. Dezember herrscht bei uns die Stille der Angst, weil wir erlebt hatten, dass die Mitglieder des Präsidiums des Papua-Rates ins Gefängnis gesteckt wurden. Das Hissen der Papua-Flagge wurde verboten. Wenn die Menschen sie dennoch hissen, wurde sie von den Sicherheitskräften unter Anwendung von viel Gewalt entfernt. Der eigentliche Druck wird von der Polizei ausgeübt, die Gewaltakte, die Festnahmen, die Schläge, die Folterungen.« Yoku hofft darauf, dass die indonesische Regierung die Gespräche bezüglich des »act of free choice« wieder aufnehmen und genau überprüfen, wie die Abstimmung zustande kam. Wahid solle akzeptieren, dass die Bevölkerung der Provinz sich von Indonesien unabhängig machen wolle und ihr Anliegen ernst nehmen.

vgl. *Rettet den Urwald e.V.*, 13.2.2001

Brandherd Molukken

Die Molukken stellen seit über zwei Jahren eine Krisenregion in Indonesien dar. Auslöser für die Gewalt waren religiöse Spannungen zwischen Christen und Muslimen, bei denen mittlerweile mehr als 5.000 Menschen ums Leben kamen und Hunderttausende geflohen sind. Der Verdacht erhärtet sich nunmehr, dass Berichte, in denen Zwangsbekehrungen von Christen durch Muslime thematisiert werden, nicht als übertrieben zu bewerten sind. Aus dem Dorf Kesui stammten die ersten Gerüchte, nach denen bereits im Jahr 2000 über 600 Christen gewaltsam zum Islam konvertiert wurden. Daraufhin entsandte Gouverneur Saleh Latuconsina eine Untersuchungskommission in das Dorf auf der Insel Seram. Das Ergebnis war durchaus aussagekräftig: »97 Prozent der Bevölkerung haben ihre Religion zum Islam gewechselt«, gab der Gouverneur bekannt. Nach Angaben der Bewohner sei es zur Zeit nicht mehr »sicher, wenn sie

nicht-muslimisch« blieben; sie gingen deutlich von der Bedrohung ihrer eigenen Lebens aus, wenn sie nicht zum Islam konvertieren würden. Vertreter der Muslime von Kesui weisen die Vorwürfe mit dem Argument zurück, die Christen seien aus freien Stücken zum Islam übergetreten. Nach Angaben des katholischen Krisenzentrums von Ambon sollen jedoch sowohl Männer als auch Frauen teilweise zwangsweise beschnitten worden sein. Von der ohnehin krisengeschüttelten Regierung in Jakarta können sich die christlichen Bewohner der Molukken wohl kaum Hilfe erwarten. Der Minister für die Reform der Provinzverwaltungen Ryaas Rasyid gab kurz vor seinem Rücktritt den wenig zuversichtlichen Kommentar ab: »Wir haben immer noch nicht den richtigen Weg gefunden, die Probleme der Molukken zu lösen.«

vgl. *taz*, 5.2.2001